

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-30-347/17

Aktenzeichen:

Amt: Bauen und Ordnung

Datum: 22.05.2017

Version: 2

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

☒

Betreff: Bebauungsplan Thomas-Müntzer-Straße und 4. Änderung Flächennutzungsplan - Aufhebungsbeschluss

Kurzinfo zum Beschluss**Finanzielle Auswirkungen: Nein**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Objektbezogene
Eigenanteil: € Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AISrE	1	13.06.2017	5		5		nicht empfohlen
HA	1	15.06.2017	5		5		nicht empfohlen
SVV	1	29.06.2017	13				
AISrE	2						
HA	2						
SVV	2						



Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-30-347/17

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung Brück beschließt die Einstellung des vierten Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan (Br-30-62/14 vom 19. Februar 2015) sowie des Bebauungsplanverfahrens "Thomas-Müntzer-Straße" (Br-30-81/15 vom 19. Februar 2015).

Der Beschluss wird entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Brück bekannt gemacht.

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Begründung

Durch einen Vorhabenträger sollte ein Bebauungsplan in der Thomas-Müntzer-Straße aufgestellt werden. Ziel des B-Planes war es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Gewerbehallen zu schaffen. Hierfür war ebenfalls die Änderung des Flächennutzungsplanes notwendig. Das genannte Ziel wird vom Vorhabenträger nicht mehr verfolgt.

Bauleitpläne sind entsprechend § 1 Abs. 3 BauGB aufzustellen, sobald und soweit diese zur städtebaulichen Ordnung erforderlich sind. Da das konkrete Planziel vom Vorhabenträger nicht mehr verfolgt wird, ist eine Erforderlichkeit nicht mehr gegeben und das Planverfahren dementsprechend einzustellen. Das aktuelle Planziel des Vorhabenträgers ist im Beschluss Br-30-465/18 dargestellt.

Ein rechtsgültiger Vertrag ist mit dem Vorhabenträger nicht zustande gekommen. Gemäß § 147 Abs. 2 BGB ist die Annahmefrist für den Vertrag verstrichen, daher ist keine Aufhebung des Vertrages bzw. des Beschlusses Br-30-82/15 (vom 19. Februar 2015) notwendig.